Die Abwertung und ihre wirtschaftlichen Folgen[1])

Von a. Bundesrat Dr. E. Schulthess

Inhalt:

	Seite
Die Lage der Schweiz vor der Abwertung	459
Die Krise der Abwertung	462
Der Abwertungsbeschluss	464
Die Folgen der Abwertung	467
Finanzielle Auswirkungen der Abwertung	473
Schlussbetrachtungen	474

Das Interesse, das die Waadtländische Vaterländische Vereinigung der Frage der Abwertung und ihren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen entgegenbringt, beweist, dass es sich nicht um eine gewöhnliche wirtschaftliche Frage handelt, sondern um ein Problem, dessen Lösung tief eingreift, nicht nur in das wirtschaftliche, sondern auch in das politische Leben unseres Landes. Der 26. September dieses Jahres ist für unser Land ein Tag von grösster Bedeutung, ein Wendepunkt unserer Wirtschaft und hoffentlich der Ausgangspunkt eines Wiederaufstieges.

Die Lage der Schweiz vor der Abwertung

Mit dem Jahre 1930 hat eine Weltwirtschaftskrise eingesetzt, die vor allem die Folge des Rückganges der Kaufkraft namentlich in den durch den Krieg verarmten Ländern, des Zerfalls vieler Währungen und der durch die Entwicklung der Technik begünstigten Überproduktion war. Die Preise nicht nur der Fabrikate, sondern auch der Rohstoffe, fielen rapid und hatten direkt und indirekt grosse Kapitalverluste zur Folge. Die Arbeitslosigkeit nahm gewaltige Dimensionen an und belastete ihrerseits wiederum die Staaten, die genötigt waren, aus einer geschwächten Wirtschaft neue Steuern herauszupressen und, soweit dies nicht möglich war, ihre Defizite durch Anleihen zu decken. Sozusagen alle Staaten zogen sich unwillkürlich auf sich selbst zurück. Sie verschlossen, im Interesse ihrer Zahlungsbilanz, ihre Grenzen dem Import aus andern Ländern und suchten ihrerseits ihre Warenausfuhr mit allen Mitteln, selbst mit Hilfe von Dumping und Ausfuhrprämien, zu steigern. So entwickelte sich in der Welt ein gewaltiges System eines noch nie dagewesenen Protektionismus.

[1]) Vortrag gehalten in der Waadtländischen Vaterländischen Vereinigung (30. November 1936).

Erhöhte Zölle, Einfuhrbeschränkungen, Kontingentierungen beschränkten und vernichteten zum Teil den internationalen Warenverkehr. Devisenbewirtschaftungen und Zahlungsverbote verhinderten den Handel, und die Welt stand vor einem noch nie dagewesenen Chaos.

Die Schweiz erlebte in den Zwanzigerjahren eine Periode der Prosperität, ja sogar der Hochkonjunktur. Die Krise schnitt unsern Export zum guten Teil ab, dieser ging in Wert und Menge auf einen bescheidenen Bruchteil dessen zurück, was einst ausgeführt wurde. Der Fremdenzustrom nahm ab, und unsere Hotellerie geriet in schwere Bedrängnis. Grosse Kapitalverluste im Ausland trugen zur Verschärfung der Krise, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, bei. Die Krise übertrug sich aber auch auf die Inlandswirtschaft, die mit dem Export aufs engste verbunden ist und zum guten Teil von ihm lebt. Volkseinkommen und Volksvermögen schwanden, die Armee der Arbeitslosen wuchs beständig und betrug im ablaufenden Jahre Monat für Monat erheblich mehr als im Vorjahr. Eine grosse Zahl von Unternehmungen schlossen ihre Tore oder reduzierten ihre Tätigkeit. Selbst der Bauer und der Handwerker und die übrigen kleinen Unternehmer, die im wesentlichen für den Inlandsbedarf arbeiten, spürten immer mehr die Lähmung der Wirtschaft und den Rückgang der Kaufkraft.

Auch die Schweiz konnte ihre Wirtschaft nicht ihrem Schicksal überlassen. Sie war, wie auch alle andern Länder es getan haben, gezwungen, einschneidende Massregeln zu ergreifen, um die Arbeit und die Produktion zu schützen und den Inlandsmarkt tunlichst zu sichern. So entstand auch bei uns ein System der Zollerhöhungen, der Einfuhrbeschränkungen und Kontingentierungen. In Verbindung mit diesen Massregeln wurden Verrechnungsabkommen mit dem Auslande abgeschlossen, um unsere Kaufkraft für unsern Export und die Bezahlung unserer ausländischen Guthaben nutzbar zu machen. So nötig diese Massregeln waren und so nützlich sie sich in mancher Beziehung erwiesen, so vermochten sie bloss das Schlimmste abzuwenden und die Schrumpfung unserer Wirtschaft zu verlangsamen, aber nicht aufzuhalten. Bewies auch unser Land eine starke und eigentlich unerwartete Resistenzkraft und schienen sich immer wieder neue Möglichkeiten zu bieten, so war doch für den Klarsehenden die Entwicklung vorgezeichnet: die Wirtschaft lebt von der Schaffung und Nutzbarmachung neuer Werte, und wo Produktion und Verwertung eingeschränkt sind, muss sie nach und nach verdorren.

Aber nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die finanzielle Lage des Landes wurde immer ernster. Die Arbeitslosigkeit forderte gewaltige Opfer, und einzelne Produktionszweige mussten finanziell unterstützt werden. So stiegen gleichzeitig die Ansprüche an den Bund, die Kantone und die Gemeinden, und diese waren gezwungen, aus der Wirtschaft, die nicht mehr oder nur noch zum Teil rentierte, vermehrte Steuern herauszupressen, die ihrerseits wiederum die Produktion verteuerten.

Staat und Gemeinden sind bei uns vielfach auch Unternehmer und Inhaber der sogenannten Regiebetriebe. Die Bundesbahnen wurden durch die Krise und die Automobilkonkurrenz in ausserordentlicher Weise mitgenommen. Der

Verkehr ging zurück, die Defizite stiegen. Es wird unumgänglich notwendig sein, diese grösste öffentliche Unternehmung von Staates wegen weitgehend zu unterstützen. Kantone und Gemeinden machten als Inhaber und Subvenienten von Bahnen und ähnlichen Unternehmungen die gleichen Erfahrungen, wenn auch die Auswirkungen nicht so bedeutend waren. So wuchsen die Belastung und die Verschuldung der öffentlichen Gemeinwesen, und das Vertrauen schwand, da kein Ende der Krise abzusehen war. Das Geld wurde unsichtbar, der Zinsfuss zog an, und nur mit Mühe konnten sich die staatlichen Gemeinwesen Anleihen beschaffen. Die Banken aber hatten unter vermehrten Rückzahlungen zu leiden und konnten nicht mehr die genügenden Mittel zur Verfügung stellen, um die Wirtschaft, insbesondere die Bautätigkeit, zu beleben. Aus der Wirtschaftskrise drohte eine Finanz- und Kreditkrise herauszuwachsen. So schloss sich aus Wirkungen und Rückwirkungen ein verhängnisvoller Ring, der unsere Wirtschaft zu erdrosseln drohte.

Für die Schweiz war die Lage deshalb noch besonders verhängnisvoll, weil sie eine Preisinsel geblieben war. Nirgends hatte der allgemein anerkannte Wertmesser, das Gold, eine so geringe Kaufkraft wie bei uns. Nirgends standen, anders ausgedrückt, die Preise für Waren und Leistungen so hoch wie in der Schweiz. Nirgends trug eine so starke Kapitalinvestition, wie sie unser Land aufweist, dazu bei, Lebens- und Produktionskosten zu verteuern. Nirgends waren die staatlichen Ausgaben, speziell der Regiebetriebe, so hoch wie bei uns. Nirgends, allerdings, hat sich auch die äusserliche Prosperität so lange gehalten wie bei uns. Unter ihrer Sonderstellung in Preisen und Kosten musste die Schweiz, besonders in der letzten Zeit, stark leiden. Die letzten zwei bis drei Jahre haben vielerorts eine gewisse Erholung der Wirtschaft und eine Vermehrung der Nachfrage gebracht. Neue Möglichkeiten des Absatzes erschlossen sich. Die Schweiz aber konnte aus dieser Verbesserung der Lage keinen oder nur einen beschränkten Nutzen ziehen, weil sie zu teuer geblieben war. War auch der Absatz in einem grossen Teil der Welt durch staatliche Einfuhrbeschränkungen aller Art, Devisenbewirtschaftung und Zerfall der Währungen beschränkt, so blieb doch der billige Preis nach wie vor die Voraussetzung des Absatzes, besonders nach den Ländern, in denen die Wirtschaft sich noch frei bewegen konnte.

Zwei Ideen kämpften in unserer Wirtschaftspolitik um das Primat. Die einen glaubten, in einer weitern Abschliessung des Landes und einer Hochhaltung der Preise das Heil zu finden, und waren bestrebt, unser Land einer verstärkten Autarkie entgegenzuführen. Andere meinten, dass es möglich sei, die schweizerische Wirtschaft durch eine Reduktion der Preise und eine allgemeine Kostensenkung wieder gesund und konkurrenzfähig zu machen.

Die Vertreter der erstern Idee wollten die vorübergehenden Massregeln des Bundesrates auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht nur aufrechterhalten, sondern noch weiter ausbauen. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, dass die Schweiz durch die Entwicklung ihrer eigenen Produktion und durch die Verminderung des Importes Erfolge erzielt und damit schwere Jahre relativ gut überstanden hat, so muss man sich doch klar sein, dass diese Politik nur als

Abwehr gegenüber der Zwangswirtschaft anderer Staaten gerechtfertigt war und überdies nur vorübergehenden Charakter haben konnte. Sind die Bestrebungen auf Entwicklung der Autarkie sogar in Grossstaaten gescheitert, so lässt sich gar nicht denken, wie ein auf den Import vieler Waren — namentlich von Rohstoffen, Hilfsstoffen und Lebensmitteln — eingestelltes Land sich auf sich selbst zurückziehen und von der übrigen Welt unabhängig machen könnte. Solche Bestrebungen sind zum Misslingen verurteilt.

Aber auch die Bestrebungen der Preis- und Kostensenkung, die sogenannte Deflation, stiessen auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Eine einfache Preissenkung bedeutet die Verminderung der Rendite und eine Entwertung der der Produktion dienenden Objekte. Ein solcher Vorgang hätte, zumal in einem Lande wie die Schweiz, mit hoch entwickeltem Kreditwesen und starker Verschuldung, zu einer Krisis auf dem Markte der realen Werte geführt, die sich in unheilvoller Art hätte auswirken müssen. Die Senkung der Preise und Löhne scheiterte insbesondere an den sogenannten Fixforderungen, d. h. den Preiskomponenten, die namentlich vom Kapital abhängig waren. Der Arbeiter, dem man eine Lohnsenkung zumutete, berief sich darauf, dass Mieten und Steuern gleich blieben, dass auf Gas und Elektrizität, auf Eisenbahnfrachten, Zöllen und Taxen keine Reduktion eintrete. Der Hausbesitzer erklärte, die Mieten nicht herabsetzen zu können, da die Verschuldungshöhe sich nicht ändere und der Hypothekarzinsfuss eher steige als falle. Und mit ähnlichen Gründen wendete sich der Bauer gegen die Senkung seiner Produktenpreise. So war eine blosse «Deflation», die durchgreifend genug gewesen wäre, um die Schweiz aus ihrer Situation als Preisinsel zu befreien, so richtig auch die Forderung auf Kostensenkung an sich ist, nicht durchführbar und stieg auf unüberwindliche wirtschaftliche und psychologische Hindernisse. Es mangelte aber auch die nötige Einsicht, dass die Schweiz ihre Sonderstellung nicht beibehalten könne, und es fehlte die Opferfreudigkeit, die notwendig gewesen wäre, um eine gross angelegte Neuorientierung auf breiter Basis, zu der alle beigetragen hätten, durchzuführen.

Die Krise der Abwertung

Sorgenvoll mussten wir zusehen, wie das sukzessive Abflauen der Weltkrise, die in vielen Staaten sogar einer gewissen Prosperität Platz machte, für die Schweiz wirkungslos blieb. Amerika ging mit grossen Schritten dem Aufschwung entgegen. In England besserten sich die Verhältnisse zusehends. In beiden Ländern war der Geldmarkt flüssig, der Zinsfuss tief. Erst in den letzten Tagen lasen wir, wie in England ein Staatsanleihen von 100 Millionen Pfund (2200 Millionen Franken) zu $2^3/_4$ % in wenigen Stunden gedeckt wurde. Schweden, das dem Beispiel Englands gefolgt war, befand sich tatsächlich in einer Hochkonjunktur. In einer Reihe von andern Staaten hatten sich die Verhältnisse wenigstens gebessert. Bei uns aber verschärfte sich die Krise in einem fort, und die Zahl der Arbeitslosen wuchs. Es ist klar, dass wir uns dem Einfluss der allgemeinen Krise nicht entziehen können, aber wir haben auf jene gleich-

sam unsere eigene Krise gepfropft, indem wir uns durch die Hochhaltung der Preise den Weltmarkt zum guten Teile verschlossen. Unser Preisniveau ist das Erbe besserer Zeit, früherer Prosperität und wirtschaftlicher Kraft. Heute verfolgt uns dieser Schatten eines entschwundenen Glücks und verhindert uns, an der unleugbaren Besserung der Weltlage teilzunehmen. Alles drängte darauf hin, dass wir aus unserer «splendid isolation» heraustreten und die Vorgänge der übrigen Welt mit offenen Augen betrachten sollten. Schon vor zwei Jahren habe ich in einer Rede in Aarau auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Anschluss an die Weltwirtschaft zu finden. Schon damals war ich innerlich der Überzeugung, dass es nur einen Weg gebe — den, den alle andern Staaten gegangen sind — nämlich die Abwertung des Frankens.

Alle andern Länder haben ihr Preisniveau auf dem Wege der Abwertung gesenkt. Ein anderer Weg konnte auch in der Schweiz nicht gewiesen werden. Die Bestrebungen der Deflation waren zu einem ausgesprochenen Misserfolg verurteilt. Die Idee der Autarkie war, wie gezeigt, illusorisch, und der sogenannte dritte Weg bestand nur in einem weitern Ausbau unserer bereits bestehenden Vorschriften und Instruktionen.

Es ging nicht mehr, wir mussten aus der Erstarrung herauskommen, von der unsere Wirtschaft umklammert war; geschah es nicht, so war in nicht zu ferner Zeit ein schlimmer Ausgang zu befürchten.

Hat diese Ansicht in wirtschaftlichen Kreisen viele Verteidiger gefunden, so stand die offizielle Politik auf einem vollständig ablehnenden Standpunkt. Vor der Rücksicht auf die Aufrechterhaltung unseres Goldfrankens mussten alle andern Erwägungen zurücktreten. Die Aufrechterhaltung der Währung bildete den Angelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Man vergass, dass die Währung nur ein Mittel und kein Zweck ist. Niemand konnte erwarten, dass sich die Behörden in absehbarer Zeit zu einer Umkehr entschliessen würden. Ende September wurde aber die schleichende Finanz- und Frankenkrise in Frankreich akut. Wusste man vorher nicht mit Sicherheit, ob Frankreich sich für eine Devisenbewirtschaftung oder für die Abwertung entschliessen werde, so fiel nunmehr der Entscheid in letzterem Sinne: Frankreich nahm eine Abwertung seines Frankens um rund 30 % vor. Es ist nicht zu leugnen, dass diese Tatsache, die dem Bundesrate vor der Veröffentlichung zur Kenntnis gebracht wurde, für die Schweiz von grösster Bedeutung war. Unser Export, der im Vorjahr immerhin dem Werte nach sich noch auf 121 Millionen Franken belief, drohte zurückzugehen. Die französische Konkurrenz im Lande musste schärfer werden. Für den Fremdenverkehr konnte sich eine französische Frankenabwertung nur bedenklich auswirken, weil vorerst die Preise in diesem Lande fielen, die Konkurrenz daher billiger wurde, und der Franzose sich kaum entschliessen würde, für den Schweizerfranken 6 oder 7 Franken auszulegen — eher bliebe er unserem Lande ferne. Vom rein monetären Standpunkte aus zog die Abwertung des französischen Frankens nicht ohne weiteres auch die Aufgabe der bisherigen Goldparität des Schweizerfrankens nach sich. Allerdings hatte bis jetzt die Nationalbank die im Gesetze vorgeschriebene Einlösung der Noten in Golddevisen in französischen Franken vollzogen. Allein

nichts hinderte, dass sie diese letztere Währung durch Dollar und Pfund ersetzte. Dagegen musste man sich klar werden, dass durch die Abwertung des französischen Frankens das Zutrauen der Welt auch in den Schweizerfranken erschüttert wurde und dass eine Kapitalflucht einzusetzen drohte, die sich bei der Nationalbank in starken Goldrückzügen und in einer Verminderung ihrer Goldreserven fühlbar gemacht hätte. Ging sogar Frankreich, dessen Franken, am Golde gemessen, eine erheblich höhere Kaufkraft hatte als der Schweizerfranken, von seiner Goldparität ab, wie sollte da die Schweiz ihre Münzeinheit aufrechterhalten! Überdies musste man fürchten, dass Italien dem französischen Beispiel folgen werde. Aber auch von den praktisch und realistisch denkenden Holländern musste dasselbe angenommen werden, wenn auch die Niederlande in der Folge mit der Aufgabe des Goldstandards etwas gezögert haben. Sie hätten ohne Zweifel, auch wenn die Schweiz Frankreich nicht gefolgt wäre, ihren Gulden abgewertet.

So war also durch die französische Entscheidung die Lage des Schweizerfrankens noch prekärer geworden, und bereits zeigte sich in Goldrückzügen bei der Nationalbank die kaum vermeidliche Entwicklung an. Unter solchen Umständen hat der Bundesrat mit Recht am 26. September den Schweizerfranken um ungefähr 30 % abgewertet und damit die Erstarrung gelöst, in der unser ganzes Wirtschaftsleben infolge seines hohen Preisniveaus lag. Zugleich hat er aber, wie wir zeigen werden, das Vertrauen in die schweizerische Währung nicht erschüttert, sondern erhöht und konsolidiert.

Die öffentliche Meinung hat den Entscheid des Bundesrates mit Überraschung, aber — zu ihrer Ehre sei es gesagt — in aller Ruhe aufgenommen. Ja, wenn man die Wahrheit sagen will: es ging ein Seufzer der Erleichterung durch das Land, an dem viele teilnahmen, die bis vor kurzem zu den Zweiflern und zu den Gegnern der Abwertung zu zählen schienen.

Der Abwertungsbeschluss

Der Bundesrat hat also den Beschluss über die Abwertung der Währung keineswegs freiwillig und vom Wunsche geleitet gefasst, mit dem Franken zu manöverieren. Er hat sich nur der absoluten wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeit gefügt.

Durch alle wirtschaftlichen Wirren und Erschütterungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hindurch ist der Schweizerfranken im Goldgehalte stabil geblieben. In der ganzen Welt mit Ausnahme von Holland sind die Währungen überall abgewertet worden. Hätte die Schweiz nicht rechtzeitig die Konsequenz aus den Verhältnissen gezogen, so hätte sie ihre Wirtschaft und ihre Finanzen dem Zusammenbruch ausgesetzt, an dessen Ende die Inflation gestanden wäre. Gerade um diese zu vermeiden, ist die Abwertung schon seit einiger Zeit von verschiedenen Seiten empfohlen und schliesslich auch vom Bundesrat beschlossen worden. Dabei hat es die Meinung, dass an die Stelle der alten Goldwährung eine neue treten soll, der wohl vorübergehend ein gewisser Spielraum belassen wird, die aber möglichst bald im Verhältnis zum Gold festgelegt wird.

Niemand denkt daran, die Operation fortzusetzen und weitere Abwertungen in Aussicht zu nehmen. An Stelle der alten Währung soll eine neue, gesunde und feste Währung treten. Wenn ich sage, die neue Währung soll gesund sein, so will ich damit betonen, dass sie auf die ganze wirtschaftliche Situation des Landes Rücksicht zu nehmen hat. Wird der Wert des Frankens nach Gesetz auch formell am Gold gemessen, so muss man sich doch klar sein, dass angesichts der gewaltigen mobilisierten und zirkulierenden Werte, im Verhältnis zu welchen selbst ein grosser Goldbestand der Nationalbank relativ bescheiden ist, eine Münze ihre Basis nicht nur im Metallgehalt finden kann, zu dem sie eingelöst werden soll. Eine jede Währung, so auch unser Franken, ist verbunden mit der Volkswirtschaft. Ihr Schicksal ist abhängig vom finanziellen und wirtschaftlichen Lose des Landes, und ein jeder Franken trägt gleichsam ein Stück Volkswirtschaft in sich. Schrumpft diese, d. h. geht die Volkswirtschaft in ihrem Ertrage und in ihrem Kapitalbestande zurück, so sinkt notwendigerweise auch der innere Wert des Frankens, und die aufgetretene Differenz kann nicht etwa dadurch ausgeglichen werden, dass die Nationalbank ihre Goldbestände in die Waagschale wirft. Es spiegelt sich in der Währung der Stand der Wirtschaft.

Der Schweizerfranken ist wohl nach aussen, weil alle dorthin verbrachten Bestände gegen Gold eingelöst werden mussten, bei seinem Goldwert geblieben. Im Innern des Landes aber ist sein Wert gesunken. Nirgends hat man mit einer dem Goldgehalt des Frankens entsprechenden Menge dieses Metalls so wenig gekauft wie in der Schweiz. Nirgends war also die Kaufkraft des Goldes so gering, nirgends im Grunde genommen sein Preis so tief wie in der Schweiz. Jede Goldbarre, die über die schweizerische Grenze kam, hat 30—40 % an ihrem Werte eingebüsst, d. h. ihre Kaufkraft war um einen erheblichen Prozentsatz geringer als in irgendeinem andern Lande.

Die Unmöglichkeit, eine Währung rein auf Gold zu stellen und anzunehmen, sie sei vollständig unabhängig von der Wirtschaft, wird vollends klar, wenn man sich vorstellt, dass zufolge mangelnden Ertrages und ungenügender Nachfrage die Realwerte im Preise gesunken sind, während auf der andern Seite mit Rücksicht auf ihren Goldgehalt die Schulden vollständig unverändert bleiben. Um ein Bild zu gebrauchen, möchte ich sagen, der Plafond der Realwerte in unserem Lande ist gesunken, der goldene Schuldenberg aber ist geblieben. Es liegt auf der Hand, dass Schwankungen in gewissem Ausmasse möglich sind. Übersteigen sie aber einen gewissen Prozentsatz, so wird der Wert der in Franken ausgedrückten Forderungen automatisch geringer, weil er von der Wirtschaft nicht mehr bezahlt werden kann. Unsere Wirtschaft war nicht in der Lage, die nötige Menge Gold herauszuwirtschaften und zu verdienen, um ihre Schulden zu verzinsen und zu bezahlen, und speziell wurde es auch dem Staat sukzessive zur Unmöglichkeit, diejenigen Goldbeträge aus der Wirtschaft herauszupressen, die nötig sind, um seine Goldschulden im usprünglichen Betrage zu verzinsen und zu amortisieren. Von andern Staaten, die ihre Währung nicht aufrechterhalten konnten, sind verschiedene die Opfer der Verluste geworden, die ihre Wirtschaft und sie selbst während des Krieges erlitten haben. Aber der Um-

stand, dass England und namentlich Nordamerika eine Abwertung ihrer Währung vorgenommen haben, während zweifellos besonders die Vereinigten Staaten rein technisch in der Lage gewesen wären, den Kurs des Dollars zu halten, zeigt, dass sich unter gewissen Umständen das Bedürfnis geltend macht, mit dem Werte der Währung dem schwindenden Werte der Wirtschaft zu folgen. Indem die Schweiz dies tat, sanktionierte sie eigentlich bloss einen bereits bestehenden Zustand, da die Kaufkraft des Frankens, am Golde gemessen, tiefer stand als die anderer Währungen. Als im Jahre 1928 Frankreich den Franken auf ungefähr 20 % des früheren Goldwertes stabilisierte, hat Präsident Poincaré in seiner Rede in der Kammer ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Goldgehalt der Währung nicht beliebig festgesetzt werden könne, sondern dass eine gewisse Harmonie zwischen Währung und Wirtschaft hergestellt werden müsse.

Die Abwertung vollzog sich unter dem Drucke einer gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzung. Die Schweiz konnte nicht anders. Sie nahm die Abwertung vor, um wieder eine gesunde Währung zu schaffen, sich vor dem Zusammenbruch und der Inflation zu retten, und sie will eine neue Währung aufleben lassen, die der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft entspricht. Der Beschluss des Bundesrates ist also im höchsten Landesinteresse erfolgt. Er wurde unerwartet gefasst, was die missbräuchliche Ausnützung der Währungsveränderung stark beschränkte.

Es liegt mir fern, die Abwertung als ein Zauber- oder Allheilmittel zu bezeichnen. Sie bedeutet bloss eine neue Orientierung und eine neue Basis für unser wirtschaftliches Leben. Allein über die Schwierigkeiten sind wir damit noch nicht hinweg. Sie müssen im Gegenteil erst noch überwunden werden.

Mit Recht will der Bundesrat es vermeiden, unsere Währung willkürlichen Schwankungen auszusetzen. Er hat zwei Grenzen festgesetzt, innert welchen sich die Goldeinlösung zu bewegen hat. Tatsächlich aber wird sie auf der Basis von 70 % des bisherigen Goldwertes durchgeführt, und wir stehen bereits vor einem Zustand, den man als «stabilisation de fait» zu bezeichnen pflegt. Aus ihr kann, sobald die Verhältnisse es erlauben, auch die gesetzliche Stabilisation herauswachsen; denn eine feste Währung ist die Voraussetzung des wirtschaftlichen Verkehrs und Gedeihens. Es muss ein fester Wertmesser da sein, auf den man rechnen kann. Der Schweizerfranken und die Schweizerdevisen dürfen nicht eine Ware sein, die im Kurse sinkt und fällt. Der Wert der Währung muss aber der Lage der Wirtschaft entsprechen, nur dann ist sie gesund. Und weil der Franken mit der Wirtschaft verbunden und in ihr verwurzelt ist, so muss sein Wert den rückläufigen Erträgnissen entsprechend herabgesetzt werden. So schafft man eine gesunde Währung; ungesund wäre sie, wenn sie künstlich, sogar mit Hilfe von Goldvorräten, auf einem Niveau gehalten würde, das der Lage des Landes nicht entspricht.

Was die Höhe der Abwertung betrifft, so gingen die Meinungen auseinander. Manche wären etwas weiter gegangen als der Bundesrat. Allein nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen darf angenommen werden, dass der gewählte Satz den Verhältnissen entsprach; und nun muss es und wird es das Bestreben

aller sein, ihn auch aufrechtzuerhalten. Wenn heute das Schweizervolk sich hinter seine Währung stellt, um sie zu verteidigen, so setzt es sich nicht mehr für eine verlorene Position ein wie früher, sondern für eine solche, die mit Einigkeit und der nötigen Energie gehalten werden kann.

Die Folgen der Abwertung

Mit der Abwertung ist allerdings die Sache nicht getan und die Wirtschaft unseres Landes noch nicht gerettet, sondern nun handelt es sich darum, die Vorteile der Operation zu sichern und Nachteile auszugleichen und zu vermeiden. Über allem muss der Wunsch und der feste Wille stehen, das Land aus den Schwierigkeiten herauszureissen und seine Zukunft zu sichern.

Pessimisten und Zweifler hatten vorausgesagt, dass die Abwertung der Anfang vom Ende der internationalen Finanzstellung der Schweiz sein werde. Das Vertrauen zum Schweizerfranken werde verschwinden und dieser sei zum Ruin verurteilt. Was geschah? Genau das Gegenteil ist eingetreten.

Die Abwertung hat dazu geführt, dass das Vertrauen zu unserer Währung und zu unserer Wirtschaft in einem Masse zurückgekehrt ist, wie es auch Optimisten nicht erwartet hatten. Im Innern des Landes kamen bedeutende Beträge in Gold und Noten zum Vorschein. Aus dem Auslande flossen Kapitalien herein, die schweizerische Unternehmungen dort verdient und namentlich in England und Amerika hatten liegen lassen. Aber auch von Ausländern wurden grosse Summen der Schweiz anvertraut, und unser Land geniesst heute finanziell ein Vertrauen wie noch nie. Viele hundert Millionen flossen ihm zu. Der Grund ist einfach: Inland und Ausland glauben an die heutige Währung, an der alten hatten sie im stillen gezweifelt. Der glänzende Erfolg der Wehranleihe und die gewaltige Steigerung der Goldvorräte, die nunmehr bei der Nationalbank eine Höhe von über 3 Milliarden Franken erreichen, bestätigen diese Tatsache. Eine Reduktion des Zinsfusses ist eingetreten, und eine weitere steht bevor. Die Voraussetzungen derer, die auf das englische und amerikanische Beispiel und die dortige Geldflüssigkeit verwiesen, haben sich voll und ganz realisiert. Bund, Kantone und Gemeinden werden in absehbarer Zeit neue Anleihen zu sehr günstigen Bedingungen aufnehmen, den Zinsfuss der bisherigen Anleihen durch Konversionen herabsetzen und so ihr Budget bedeutend entlasten können. Nachdem in wenigen Wochen unsere dreieinhalbprozentigen Anleihen den Pari-Kurs, von dem sie vor dem Abwertungsbeschluss 12 und mehr Punkte entfernt waren, überschritten, so gehört es nicht ins Gebiet der Illusion, wenn wir erwarten, dass Bundesanleihen zu 3 %, vielleicht sogar noch günstiger, gemacht werden können.

Aber auch für die Privatwirtschaft wird diese Entwicklung von grosser Bedeutung sein. Für den kommerziellen Kredit ist die Zinsreduktion rasch fühlbar geworden. Wirkt sie sich für den Hypothekarkredit nicht sofort aus, weil die Banken durch höhere Zinssätze ihrer Obligationen noch gebunden sind, so ist doch auch dort in Bälde eine Herabsetzung zu erwarten, und sie sollte namentlich von den Kantonalbanken, aber auch von den Privatbanken,

im allgemeinen Interesse tunlichst beschleunigt werden, selbst wenn dadurch gewisse Ausfälle entstehen, die übrigens durch eine Besserung der Bank- und Wirtschaftslage zum Teil wieder ausgeglichen werden.

Die Geldrückzüge bei den Banken haben aufgehört und einem Zustrom Platz gemacht. Unsere Banken sind wieder in der Lage, Darlehen, namentlich auch für Hypotheken und für die Bautätigkeit, zu gewähren. Die erste und notwendigste Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Wirtschaft ist geschaffen, das ist die Abundanz an Betriebskapital. Die Kreditkrise grossen Stils ist beschworen und die Zukunft unserer Banken ist in weitgehendem Masse gesichert. Das hindert natürlich nicht, dass bei einzelnen Instituten, die durch Spekulationen oder zahlungsunfähige Kunden Verluste machten, oder Summen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Geschäftsbetrieb stehen, in unvorsichtiger Weise im Ausland angelegt haben, noch Schwierigkeiten bestehen. Aber die Anlagen im Lande selbst werden, zufolge der zu erwartenden Wiederbelebung der Wirtschaft und der Stabilisierung, ja sogar des Anziehens der Preise vieler Objekte, sicherer. Die lähmende Spannung und Ungewissheit in unserem finanziellen Leben ist gewichen und hat dem Vertrauen Platz gemacht. Es liegt im Lebensinteresse des Landes, dass die günstige Verfassung des Geldmarktes in keiner Weise gestört wird und dass nichts geschieht, was das Herauskommen des gehorteten und den Zufluss auswärtigen Geldes irgendwie stören könnte. Bereits schicken sich Finanzgesellschaften, die ihren Sitz in Ländern haben, in denen politische und soziale Störungen zu befürchten sind, an, ihre Unternehmungen in die Schweiz zu verlegen und dieser eine willkommene Verstärkung der Steuerkraft zu bringen. Vermeiden wir alles, was diese vorteilhafte Entwicklung stören könnte.

Wohl als wichtigste Folgeerscheinung der Abwertung ist überall, wo sie vollzogen wurde, eine goldmässige Senkung des Preisniveaus eingetreten. Das will nicht heissen, dass die Preise bei uns, in Franken gerechnet, zurückgehen werden; aber sie sollen entweder gleich bleiben oder nur in bescheidener Weise und lange nicht in dem Prozentsatz ansteigen, in dem die Abwertung vollzogen wurde. Dieser Erfolg muss erreicht werden, wenn die Abwertung der Ausgangspunkt einer Entwicklung sein soll, die uns wieder konkurrenzfähig macht und aus unserer Isolierung befreit.

Wir hatten zwar nicht den Vorteil wie England, die Änderung unserer Währung in einem Moment sinkender Rohstoffpreise zu vollziehen. Im Gegenteil. Gewisse Kategorien von Waren haben am Weltmarkt eher die Tendenz, im Preise zu steigen. Dieser Effekt wäre auch ohne Abwertung eingetreten und darf der letztern nicht aufgekreidet werden.

Die Abwertung wird naturgemäss eine gewisse Verteuerung der importierten Waren, nicht in Gold, wohl aber in abgewerteten Franken, zur Folge haben. So bedeutend auch für die Schweiz die Ankäufe von Roh- und Hilfsstoffen sind, so muss man sich doch hinsichtlich der Folgen für die Gesamtkosten der Lebenshaltung vor Übertreibungen hüten. Der Preis der angekauften Rohstoffe, Hilfsstoffe und Lebensmittel belief sich vor der Abwertung auf ungefähr 700 Millionen Franken; in Zukunft würde, wenn sich die Abwertung

voll auswirken sollte, hiefür ungefähr 1 Milliarde Franken, also zirka 300 Millionen mehr, bezahlt werden müssen. Nimmt man nun an, dass dieser Aufschlag von 300 Millionen voll und ganz von den Konsumenten getragen werden müsste, so würde dadurch die Summe der Gesamtausgaben für sämtliche Lebenskosten in der Schweiz, die auf 6,7 Milliarden geschätzt wird, auf 7 Milliarden steigen. Man wird zugeben müssen, dass diese Verteuerung, die nicht einmal 5 % der Gesamtausgaben ausmacht, nicht allzu stark ins Gewicht fällt. Dieser Betrag von 300 Millionen ist aber für Roh- und Hilfsstoffe sowie Lebensmittel als ein Maximum zu betrachten, da kein Grund besteht, dass wegen der Erhöhung des Preises der Importwaren auch der Vermittlungszuschlag steigt. Überdies ist es aber ein Erfahrungssatz, der sich bei sozusagen jeder Zollerhöhung bewahrheitet hat, dass das verkaufende Land einen erheblichen Teil der Mehrbelastung übernimmt. Ich kenne Beispiele, in denen der Aufschlag, der mit Rücksicht auf die Abwertung von 30 % zirka 40 % betragen müsste, erheblich unter der Hälfte dieses letztern Satzes blieb, weil der schweizerische Importeur erklärte, dass er sonst nicht mehr in der Lage sei, zu kaufen, und weil die Konkurrenz einen Druck ausübte und der Lieferant sich die Kundschaft nicht entgehen lassen wollte.

Fällt unsere Abwertung nicht in eine Periode sinkender Weltmarktpreise, so haben wir einen andern Vorteil. Zufolge der Währungsveränderungen in Frankreich, Italien, Holland und der Tschechoslowakei sind die Preise dieser Länder, soweit es sich nicht um Stapelwaren handelt, die einen Weltmarktpreis besitzen, in Gold gesunken und in abgewerteten Franken nicht oder nur ganz unerheblich gestiegen. So wird sich also schon aus diesem Grunde die erwähnte Mehrausgabe ziffern- und prozentmässig reduzieren.

Es wird aber auch möglich sein, das Ansteigen der Preise durch autonome Massregeln zu beschränken oder zu verhindern. Die Schweiz hat, im wesentlichen aus fiskalischen Gründen, eine Reihe von Rohstoffen, Hilfsstoffen und Verbrauchswaren mit starken Zöllen belegt und unter Einfuhrbeschränkung gestellt. Lockert man die letztere und reduziert man die Zölle, so wird auch hierdurch wiederum ein erheblicher Teil des Aufschlages vermieden, so dass sich die Preiserhöhung auf importierten Waren im Durchschnitt genommen in sehr mässigen Grenzen halten kann. Das hindert nicht, zu konstatieren, dass eine gewisse Preiserhöhung eintreten wird. Bis jetzt hat man sie mit Polizeivorschriften, wonach auf Waren, die sich bereits im Momente vor der Abwertung im Lande befanden, kein Aufschlag eintreten darf, zurückgehalten. Aber diese Möglichkeit ist natürlich nur eine vorübergehende. Dauernd kann eine möglichste Tiefhaltung der Preise der importierten Waren nur durch die tunlichste Beseitigung aller Einfuhrbehinderungen und die Wiederherstellung des freien Handels gesichert werden. Der letztere muss aber, wenn er die Freiheit will, auch seine Pflicht tun und im Interesse des Landes dazu beitragen, dass allfällige Erhöhungen in mässigen, gerechtfertigten Schranken bleiben.

Was die in der Schweiz, namentlich auch in der Landwirtschaft produzierten Waren anbetrifft, so liegt zurzeit ein Grund für eine Preissteigerung nicht vor. Die Preiskomponenten bleiben stabil. Es tritt weder eine Erhöhung der Mietzinse,

noch der Pachtzinse, noch des Preises für elektrischen Strom, noch der Eisenbahn- und Posttaxen ein, und nicht zuletzt können die Steuern in abgewerteten Franken bezahlt werden statt in alten Goldfranken. Die Löhne sind nicht gestiegen, und man muss sich hüten, durch ungerechtfertigte Steigerungen der Lebenskosten Anlass zu Lohnerhöhungen zu geben, die wiederum ihre Rückwirkung auf die Produktionskosten ausüben würden. Von dem gesamten Lebensmittelbedarf werden etwa 85% in der Schweiz produziert. Unsere Landwirtschaft soll sich in Zukunft nicht schlechter stellen als bis jetzt. Wo offensichtliche Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten bestehen, wird man zu geeigneter Zeit sich gewissen Preiskorrekturen auf die Länge nicht widersetzen können. Zurzeit aber sollten solche Preisaufschläge vollständig vermieden werden. Sonst ist zu befürchten, dass dadurch das Signal zur Verteuerung auf allen Gebieten und namentlich zur Erhöhung der Löhne gegeben wird. Dann riskieren wir, uns in einen Wettlauf der Preissteigerungen zu verwickeln und so des wichtigsten Vorteils der Abwertung verlustig zu gehen. In einer solchen Entwicklung hat auch die Landwirtschaft nichts zu gewinnen. Sie würde indirekt durch die Rückwirkungen der Erhöhung anderer Preise und der Löhne betroffen. Es liegt im allgemeinen und im bäuerlichen Interesse, dass die Wirtschaft sich zunächst befestigen und beleben kann. Ist dieser Erfolg eingetreten, so sind Preissteigerungen auch eher zu ertragen.

Es darf mit grosser Genugtuung festgestellt werden, dass das Volk sich des Ernstes der Stunde bewusst ist und die eingetretene Veränderung mit Ruhe und grossem Verständnis entgegengenommen hat. Es gibt sich Rechenschaft, dass die Abwertung des Frankens der Beginn einer neuen Periode ist und eine Umstellung bedeutet und dass wir aus den alten Geleisen heraus müssen, in denen der Wagen stecken zu bleiben drohte.

Es gilt nun vor allem, die Interessen der Gesamtheit, d. h. des ganzen Volkes, wahrzunehmen. Von den verschiedenen wirtschaftlichen Organisationen müssen wir erwarten, dass sie, wie es im grossen und ganzen bis jetzt geschehen ist, ihre wirklichen oder vermeintlichen Sonderinteressen nicht in den Vordergrund stellen. Die Berufsorganisationen müssen vielmehr ihre Aufgabe darin erblicken, für und mit der Gesamtheit zu arbeiten. Der Moment wäre schlecht gewählt, um den einen Stand gegen den andern auszuspielen. Solidarität und Zusammenhalten ist das Gebot der Stunde. Wie die Bauern zurzeit auf die Erhöhung der Preise, so müssen die Arbeitnehmer auch auf die Erhöhung der Löhne verzichten. Unser Hauptziel ist, möglichst viele Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess einzuschalten. Je konkurrenzfähiger die Industrie ist, um so leichter und rascher kann dies erreicht werden. Die Lohnempfänger müssen aus Solidarität mit den Arbeitslosen zuerst der Wirtschaft Zeit lassen, sich aus dem Elend, in dem sie steckte, herauszuarbeiten.

Die Abwertung wird dem Export, der Hotellerie und für die Arbeitsbeschaffung nützlich sein. Selbstverständlich können die Folgen der Wirtschaftskrise und die Hindernisse, die fremde Staaten dem Warenaustausch bereiten, nicht beseitigt werden. Aber, wo immer, wie in der gegenwärtigen Zeit

eines gewissen Aufschwunges, Nachfrage besteht, ist die Schweizerware jeder Art wieder konkurrenzfähig. Eine gewisse Belebung des Exportes ist bereits eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist vom September auf Oktober dieses Jahres mit nur 4000 in erheblich geringerem Masse angestiegen, als zu erwarten war. Für den Monat November gestalten sich die Verhältnisse relativ noch günstiger. Die Zahl der Teilarbeitslosen ist erfreulicherweise gesunken, ein Beweis, dass die Unternehmungen, in denen sie arbeiten, bedeutendere Aufträge erhalten haben als bisher. Ich hoffe und bin überzeugt, dass diese Entwicklung weitergehen wird. Aber selbstverständlich braucht es Zeit. Und wenn die Schweiz heute abwertete, so kann sie nicht morgen schon die Vorteile dieser Massregel in weitgehendem Masse verspüren. Wir stehen in den Monaten, in denen die Arbeitslosigkeit saisonmässig stark ansteigt. Wenn es nur möglich ist, dieses Ansteigen aufzuhalten oder zu vermindern, so wäre es schon ein grosser Erfolg. Es ist unbestreitbar, dass in den vergangenen 2 Monaten in der Industrie die Arbeitslosigkeit z. T. bedeutend abgenommen hat und dass die Lage eine bessere geworden ist. Die Exporteure werden sich im eigenen Interesse davor hüten, diese Entwicklung durch starke Preiserhöhungen zu gefährden.

Was die Hotellerie anbetrifft, die für die Schweiz eine sehr grosse Bedeutung hat, so sind die Aussichten ausgesprochen günstig, und wenn Schnee und Sonne helfen, so verspricht die diesjährige Wintersaison günstig zu werden. Man bedenke, welche Lage entstanden wäre, wenn wir nicht abgewertet hätten. Dann würde sich der Fremdenstrom, nicht zuletzt auch der schweizerische, auf unsere Nachbarländer ergiessen, in denen die Preise, in unserer Währung ausgedrückt, geradezu minimum geworden wären. Die Wiederbelebung der Exportindustrie und der Fremdenindustrie wird ganz entschieden auch auf unsere Inlandsproduktion eine Wirkung ausüben und ihr vermehrte Beschäftigung zuführen. Sie wird an dem durch Kapitalzufluss und vermehrte Exportaufträge begünstigten Wiederaufschwung unserer Wirtschaft teilnehmen. Nicht zum mindesten wird sie aber auch aus einer neuen psychologischen Einstellung Vorteile ziehen.

Aber auch der Abbau der Zwangswirtschaft wird durch die Abwertung ermöglicht. Weil sie eine Reduktion der Produktionskosten und damit den Schutz gegen ausländische Konkurrenz bedeutet, so wird es möglich sein, den sukzessiven Abbau von Zöllen, Einfuhrbeschränkungen und Kontingentierungen vorzunehmen und damit eine Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln, in denen sie liegt, in die Wege zu leiten. Ich wüsste nicht, wie dieser Effekt auf einem andern Wege hätte erreicht werden können. Ohne die durchgreifende Generalmassregel der Abwertung hätten wir, das ist das Ergebnis meiner Reflexionen, in absehbarer Zeit keine wesentliche Verminderung der Zwangswirtschaft erreicht, im Gegenteil, die Tendenz eines weitern Aufbaues war unverkennbar und erreichte auch gewisse Erfolge. Mehr Luftzug in unserer Wirtschaft wird vom Guten sein und zum Vorteil ausschlagen. Es liegt mir fern, Überstürzungen zu empfehlen, im Gegenteil, ich möchte davor warnen. Ich glaube auch, dass gewisse Schutzvorschriften zugunsten der Landwirtschaft

und gewisser Gewerbe zurzeit wenigstens bestehen bleiben müssen und nur sukzessive abgebaut werden dürfen.

Kann unser Preisniveau im wesentlichen gehalten werden, so tritt vollends die wichtigste Einwendung, die gegen die Abwertung erhoben wurde, nämlich die, dass man die Ersparnisse entwerte und den Sparsinn untergrabe, zurück. Es kommt schliesslich nicht darauf an, welches der theoretische Goldgehalt des Frankens ist, sondern was man mit ihm kauft. Der Realwert des Geldes ist, wie der Reallohn, massgebend. Kann man im Lande mit ungefähr derselben Aufwendung an Franken leben, ist, anders ausgedrückt, die Kaufkraft des Frankens ungefähr die gleiche, so kann sich niemand mit Recht über die Abwertung beklagen. Dann stehen wir einfach vor einer gleichmässigen Senkung des gesamten Kapital-, Preis- und Kostenniveaus, die keine Interessen ernstlich und tief verletzt. Aber es darf doch auch noch daran erinnert werden, dass der Franken, wie ich schon anführte, bisher nicht nur im Innern eine reduzierte Kaufkraft hatte, sondern auch in seinem Bestande auf die Länge gefährdet war. Wäre die bedenkliche Entwicklung der Wirtschaft weitergegangen, wären die Realwerte im Preise, wie zu erwarten war, gesunken und das wirtschaftliche Leben weitergeschrumpft, so wären auf breiter Basis Verluste eingetreten. Diese hätten sich schliesslich auf die Banken übertragen und diese Institute ausserstande gesetzt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Liegenschaftskrise, wie sie sich an einzelnen Orten bereits fühlbar machte, und die dazu führte, dass die Inhaber der I. Hypotheken vielfach die Objekte übernehmen mussten, wie z. B. in Zürich, hätte sich weiter entwickelt und verheerende Proportionen angenommen. Die Schrumpfung der Wirtschaft hätte aber auch den öffentlichen Gemeinwesen die Aufrechterhaltung ihrer Einnahmen nicht erlaubt, ja diese sogar vermindert, und die Krisis des öffentlichen Kredites hätte weitere starke Fortschritte gemacht. Wir standen bereits am Beginn dieser Entwicklung. Ich wäre in der Lage, Beispiele anzuführen, wie Gemeinwesen ihren Pflichten nicht mehr nachkommen konnten, ich tue es aus naheliegenden Gründen nicht. In einem wirtschaftlichen Zusammenbruch hätte sich niemand darauf verlassen können, seine Anlagen seien gut; das eine hätte das andere nach sich gerissen.

Nun möge man sich ruhig überlegen: Was ist besser, die volle, 100 %ige Goldforderung formell aufrechtzuerhalten, um später zu erleben, dass sie Illusion war und zerfliessen musste, und dabei in einer schrumpfenden und absterbenden Wirtschaft zu leben, oder aber, mit 70 % der Goldforderung vorlieb zu nehmen, dem Lande den Weg zum Aufstieg wieder zu eröffnen und sich mit einem Franken zu begnügen, der zwar einen kleineren Goldgehalt aufweist, dessen Kaufkraft aber lange nicht entsprechend sinken wird.

Der Gläubiger, der bei starker Verschuldung im Grunde genommen der Gesellschafter des Schuldners ist, muss einen formellen Nachlass bewilligen, der ihm nicht nur grössere Genugtuung, sondern praktisch auch grösseren Nutzen bringt als die Geltendmachung der vollen Goldforderung. Man darf den Zustand nach der Abwertung nicht mit normalen, vergangenen Verhältnissen

vergleichen, sondern mit der Lage, die eingetreten wäre ohne Abwertung; zwischen diesen beiden Zukunftsaussichten war die Wahl zu treffen.

Noch ein Wort sei mir gestattet über die

finanziellen Auswirkungen der Abwertung

Kann von dieser eine Wiederbelebung der Wirtschaft und eine Reduktion der Arbeitslosenziffern erreicht werden, so wird dadurch Bund, Kantonen und Gemeinden eine dringend nötige Erleichterung gebracht. Überdies wird es aber auch möglich sein, gewisse finanzielle Hilfsaktionen nach und nach abzubauen, weil die Produktionskosten, in Gold ausgedrückt, fallen und es anderseits möglich ist, die bisherigen Frankenpreise aufrechtzuerhalten, ja sogar, nach einer gewissen Zeit, wo die Verhältnisse es verlangen, in bescheidenem Ausmasse nach oben zu korrigieren. Die finanziellen Entlastungen werden indessen nicht sofort eintreten, denn es liegt auf der Hand, dass die Abwertung nicht von heute auf morgen die Produktion in grossem Ausmasse beeinflussen kann, und dass es Zeit braucht, um sich aus der schwierigen Lage herauszuarbeiten, in die die Wirtschaft durch langes Zuwarten gekommen ist.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft wird zur Folge haben, dass diese mehr abträgt, dass der Verkehr der Bundesbahnen steigt und unsere Taxen international wieder erträglich werden. Ist so zu erwarten, dass sich die Einnahmen in natürlicher Weise vermehren, so muss man sich anderseits nicht scheuen, in vernünftigem Ausmasse zum Zwecke der Tiefhaltung der Preise und Produktionskosten auf bestehende Zölle zu verzichten. Gesundet die Wirtschaft, so wird sie auch in der Lage sein, die nötigen finanziellen Mittel aufzubringen. Hätte der bisherige Marasmus weiter gedauert, so hätten schliesslich, wie die Erfahrung zeigt, die neuen Steuern versagt und Enttäuschungen gebracht. Ohne die Abwertung konnte an eine Gesundung der Finanzen nicht gedacht werden, sie hat zur Folge, dass weniger Goldwert aus der Wirtschaft herausgearbeitet und vom Staate bezogen werden muss, während anderseits die zu erwartende Belebung der Wirtschaft Steuererträgnisse und Zolleinnahmen günstig beeinflussen wird. Alles in allem wird also die Abwertung unsere finanzielle Situation nicht erschweren, und doch muss man sich Rechenschaft geben, dass in diesem Momente die Finanzlage eine gespannte ist. Die Kosten der Landesverteidigung sind gestiegen. Die Verzinsung der Wehranleihe erfordert rund 10 Millionen. Das Defizit der Bundesbahnen wird nun manifest, das finanzielle Versagen des Alkoholgesetzes trägt das Seine bei, und auch andere Ausgaben führen dazu, dass wir vor einem starken Defizit stehen. Um so notwendiger ist es, dass grosse Sparsamkeit geübt und abgebaut wird, wo es immer möglich ist, denn das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist nicht nur für die Finanzwirtschaft des Bundes, sondern auch für die Privatwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung, und ebenso ist es eine Lebensfrage für die letztere, dass die Steuerlast nicht ins Unendliche steigt. Es ginge über Titel und Rahmen meines Vortrages hinaus, wenn ich diesen Teil des Fragenkomplexes noch ausführlicher behandeln wollte.

Schlussbetrachtungen

Man hat mir im Laufe der letzten Jahre hie und da vorgeworfen, ich sei ein Pessimist und sehe zu schwarz. Nichts ist unberechtigter als dieser Vorwurf. Die Tatsache, dass ich fast 25 Jahre auf meinem Posten ausgeharrt habe, beweist, dass ich zu keiner Zeit den Glauben an die Zukunft unseres Volkes aufgegeben habe. Ich gestehe Ihnen aber offen, dass ich seit einiger Zeit von ernster Sorge erfüllt war. Ich hatte die Überzeugung, dass unsere Wirtschaftspolitik den heutigen Verhältnissen angepasst werden müsse. Mir schien, die Schweiz habe Unrecht, sich darauf zu versteifen, die Aufrechterhaltung der Goldparität des Schweizerfrankens als den Angelpunkt ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen zu betrachten und dieser Forderung alle andern Rücksichten unterzuordnen. Die Abwertung ist Weltschicksal, die Schweiz konnte ihm sowenig entgehen wie irgendein anderes Land. Wir verrichteten eine Sisyphusarbeit und konnten trotz aller Mühe aus den Schwierigkeiten nicht herauskommen. Aus dieser Überzeugung heraus bin ich für die Abwertung eingetreten und habe meine Ansichten dem Bundesrat schon zu Beginn des Jahres 1936 eingehend dargelegt, weil ich es für meine Pflicht erachtete, vor Illusionen zu warnen.

Der Bundesrat hat nun die Abwertung beschlossen. Es gereicht mir zur lebhaften Genugtuung, sagen zu dürfen, dass dies in zutreffender und technisch unanfechtbarer Weise geschehen ist. War der Abwertungsbeschluss in seiner Form ruhig und mutig, so wird ebenso jedermann zugeben müssen, dass die seither vom Bundesrat eingeschlagene Taktik, Preissteigerungen zu verhüten, richtig war und zum günstigen Verlauf der Operation beigetragen hat.

Es ist durchaus verständlich, dass die Abwertung grossen Bedenken begegnet. Ich hätte sie nie befürwortet, wenn ich nicht von der Überzeugung erfüllt gewesen wäre, dass sie angesichts des Scheiterns aller andern Pläne, auch der Deflation, unvermeidlich sei, und wir zwischen einer rechtzeitigen, vorsichtig geleiteten Abwertung und dem schliesslichen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, begleitet von der Inflation, zu wählen hätten. Wie ich zeigte, war die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit nicht mehr imstande, die Lasten zu tragen, die ihr Steuern, Abgaben und die Verzinsung des Kapitals auferlegten, und sie war auch nach aussen nur mehr beschränkt konkurrenzfähig. Die Abwertung war nicht nur nötig, um im Verhältnis zum Ausland eine Herabsetzung der Preise zu erreichen, sondern sie war unumgänglich, weil die Gesamtwirtschaft, die öffentliche nicht ausgenommen, durch die hohe Goldverschuldung zu stark belastet war. Die durch den Akt der Abwertung eingetretene, am Golde gemessene Kapitalreduktion war eigentlich nur die Konstatierung einer bereits bestehenden Tatsache. Man darf das Problem der Abwertung nicht als ein rein monetäres betrachten. Die Wirtschaft und der Stand der öffentlichen Finanzen gaben den Ausschlag. Sie können gebieterisch die Änderung der Valuta fordern in einem Moment, in dem die Keller der Nationalbank von Goldvorräten zum bersten voll sind.

Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, dass mit der Tatsache der Abwertung die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten beseitigt seien.

Die Abwertung ist bloss ein Weg zur Anpassung, der zum Erfolg zu führen verspricht, aber mit Schwierigkeiten aller Art gepflastert ist. Wir stehen auch jetzt vor einer langen und mühsamen Entwicklung, die an die Geduld, die Einsicht und den Gemeinsinn des Volkes grosse Anforderungen stellt.

Glücklicherweise ist einer der voraussehbaren Vorteile, genau wie in andern Staaten, und zudem noch in verstärktem Masse, eingetreten: der Zustrom der Kapitalien, die Verflüssigung des Geldmarktes und die Reduktion des Zinsfusses. Diese Errungenschaft wird die weitere Aufgabe stark erleichtern, und sie hat bereits das Land vor der Finanz- und Bankkrise bewahrt, welche gedroht hatte. Bund, Kantone, Gemeinden, Banken und Private können sich heute zu einem Zinsfuss Geld verschaffen, so günstig wie dies wohl seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall gewesen ist. Diese Tatsache erlaubt uns, den Hauptzweck der Abwertung, die Beschaffung von Arbeit für die Unternehmungen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Energie aufzunehmen. Die Arbeitslosigkeit, diese furchtbarste Geissel der ganzen Krise, die wirtschaftlich für das Volk, finanziell für den Staat verheerend wirkt, führt zur Demoralisation und zur Untergrabung des Vertrauens in die Zukunft und in die Mitmenschen. Wir sind es den Opfern der Arbeitslosigkeit in allen ihren Formen, auch den unsichtbaren Arbeitslosen, die ohne staatliche Hilfe sich mit Mühe und Not durchschlagen, und wir sind es unserer Demokratie schuldig, alles daranzusetzen, um vermehrte Arbeitsgelegenheit zu beschaffen; das gebieten ein gesunder Egoismus, die Klugheit und das Verantwortlichkeitsgefühl.

Zu diesem Zwecke braucht unserer Wirtschaft Ruhe. Sie muss sich unter dem neuen Regime konsolidieren und erholen können, und alle Erschütterungen müssen ihr tunlichst erspart werden. Sie hat nur dann Aussichten, Arbeitsgelegenheit in erheblichem Umfang zu schaffen, wenn ihre Preislage günstig und ihre Produktionskosten billig und angemessen sind.

Deshalb muss unser Bestreben dahin gehen, für einmal eine Erhöhung der Preise, die wiederum eine Erhöhung der Lebenskosten und endlich eine solche der Produktionskosten zur Folge hätte, zu vermeiden. Soweit ein Ansteigen der Preise speziell importierter Waren unvermeidlich ist, so muss es tunlichst eingeschränkt und zurückgeschraubt werden. Der Bundesrat hat bereits mit Erfolg Massregeln in diesem Sinne getroffen, und er schickt sich an, weitere Einfuhrbeschränkungen zu lockern und aufzuheben und Zollbelastungen herunterzusetzen. Die bescheidenen eintretenden Erhöhungen müssen getragen werden und sollen zurzeit keine Preissteigerungen auf dem Gebiete der Inlandswirtschaft zur Folge haben. Mag dies im einen oder andern Fall ein Opfer bedeuten, so ist es ein solches, das der Allgemeinheit zugute kommt und das sich auch für den einzelnen, der es bringt, lohnt.

Ferne sei von mir, zu bestreiten, dass im Laufe der Zeit infolge der Abwertung eine gewisse Preissteigerung eintreten wird. Ich gehe sogar einen Schritt weiter und sage: es soll und darf eine gewisse Preiserhöhung kommen. Eine solche ist geeignet, die Inlandswirtschaft zu beleben und ihr neue Impulse zu geben. Allein, so gut wie in andern Ländern, muss sich der kommende Aufschlag auf einen bescheidenen Bruchteil des Prozentsatzes der Abwertung

beschränken. Der Moment hiefür ist aber noch nicht gekommen. Je länger wir erhebliche Preiserhöhungen zurückhalten können, um so günstiger ist es für unser Volk, die Produzenten und die Landwirtschaft, auf die alle Preiserhöhungen jeglicher Art ebenfalls zurückfallen, nicht ausgenommen. Es gilt also heute, Disziplin zu halten, sich dem allgemeinen Wohl unterzuordnen und zu verhindern, dass ein Wettlauf der Preiserhöhungen entsteht.

Es wäre auch irrig, zu bestreiten, dass die Sparer und Kapitalbesitzer ein gewisses Opfer zu bringen haben, da der abgewertete Franken auf die Länge nicht die gleiche Kaufkraft bewahren kann, wie sie der frühere hatte. Aber auch diese Erscheinung muss hingenommen werden. Sie ist, wie ich schon ausführte, nicht die Folge der Abwertung, sondern des Zustandes, der sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat und der die Abwertung unseres Frankens, der in seinem Bestande bedroht war, zur unvermeidlichen Notwendigkeit machte.

Zu grosser Sorge gibt der Stand unserer Finanzen Anlass. Soll der jetzige Stand der Währung unter allen Umständen gehalten werden, und das muss ein Glaubenssatz eines jeden Schweizers sein, so muss das Gleichgewicht in den öffentlichen Finanzen, im Bund, Kantonen und Gemeinden, hergestellt werden. Wir hoffen und erwarten, dass die Belebung der Wirtschaft, die in allen Ländern eingetreten ist, auch uns nicht versagt bleibe. Aber wir müssen auch bereit sein, Opfer zu bringen durch Verzicht auf staatliche Hilfe und, soweit es unvermeidlich ist, durch Entrichtung von Steuern und Abgaben.

Seit 2 Monaten hat unser Volk wieder Zutrauen in die Zukunft gefasst und Beweise seiner Einsicht und seiner Opferfreudigkeit gegeben, und es geht durch das ganze Land ein Zug guten Willens, sich zu verständigen, sich zu finden und den Schwierigkeiten der Zeit einig und geschlossen entgegenzutreten. Diese Stimmung befestigt in mir die Überzeugung, dass wir, wie andere Völker, die grossen Schwierigkeiten unserer Zeit überstehen werden, und dass auch wir, wie es in andern Ländern, z. B. in England, Amerika und Schweden der Fall war, einer sonnigeren Zukunft entgegengehen. Hoffen wir, dass internationale Verwicklungen nicht störend in unsern Aufstieg eingreifen.

Alle diese Wünsche aber können nur in Erfüllung gehen, wenn in unserem Lande Ruhe und Frieden herrschen und wenn uns soziale Erschütterungen aller Art erspart bleiben. Mit fester Hand hat der Bundesrat gegen die Unruhestifter eingegriffen. Ich bin überzeugt, dass er aber auch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und Billigkeit verfolgen wird, die, gut und klug, die beste Gewähr für den inneren Frieden bietet und eine fruchtbare Zusammenarbeit fördern wird. Dabei wird er nicht vergessen, dass alle Übertreibungen sich gegen diejenigen wenden, zu deren Gunsten sie gedacht sind, und dass eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik ist.